

Mitglied des Deutschen
Bundestages

...

Berlin, den 07.10.2015

Keine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung!

Sehr geehrte...,

in Kürze werden Sie über den Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der umstrittenen Vorratsdatenspeicherung (Drucksachen 18/5088 und 18/5171) abstimmen. Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem vor, **ohne jeden Anlass die Verbindungsdaten aller Telefongespräche und Internetverbindungen in Deutschland für die Dauer von zehn Wochen zu speichern**. Auch der Aufenthaltsort aller Mobilfunkgeräte soll erfasst und vier Wochen lang gespeichert werden. Von dieser Speicherung sind auch Sie als Abgeordnete/r sowie Berufsgeheimnisträger wie Ärzte, Rechtsanwälte und Geistliche betroffen. Auf die erhobenen Daten sollen nicht nur Strafverfolgungsbehörden, sondern auch Geheimdienste zum Teil ohne richterliche Anordnung Zugriff erhalten. Datenschützer und Verfassungsrechtler sehen in der geplanten Vorratsdatenspeicherung einen massiven Eingriff in die Privatsphäre des Einzelnen, eine unzulässige Beschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und einen Angriff auf die Pressefreiheit in unserem Land.

Aus diesem Grund haben das Bundesverfassungsgericht ebenso wie der Europäische Gerichtshof und andere **Verfassungsgerichte Europas Regelungen zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung wiederholt als grundrechtswidrig verworfen**. Der Europäische Gerichtshof beanstandete erst 2014, eine Vorratsdatenspeicherung betreffe „Personen, bei denen keinerlei Anhaltspunkt dafür besteht, dass ihr Verhalten in einem auch nur mittelbaren oder entfernten Zusammenhang mit schweren Straftaten stehen könnte“. Doch auch der jetzt zur Abstimmung vorliegende Gesetzesentwurf der Bundesregierung sieht eine massenhafte und vor allem verdachtsunabhängige Speicherung sensibler Daten vor, die umfangreiche Rückschlüsse auf den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung ermöglichen. Vom Kirchentag bis zu Wirtschaftsverbänden, von Berufsverbänden bis zu den Medien - der Gesetzesentwurf wird in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft und auch von

der Mehrzahl der Bürger strikt abgelehnt.

Die Piratenpartei Deutschland hat daher in den vergangenen Wochen bundesweit tausende Unterschriften von Menschen gesammelt, die sich gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung aussprechen. Exemplarisch möchten wir Ihnen und Ihren Kolleg/innen einige dieser Unterschriften zukommen lassen und gemeinsam mit den unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürgern Landes an Sie appellieren, **dem geplanten massenhaften Grundrechtseingriff mit einer bisher nie gekannten Streubreite nicht zuzustimmen.**

Für eventuelle Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit unter der E-Mailadresse vorstand@piratenpartei.de zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Körner
Bundesvorsitzender der Piratenpartei Deutschland